Regierungsrat

Rathaus
4509 Solothurn
www.so.ch

Bundesamt für
Umwelt, Wald und Landschaft
Eidg. Forstdirektion
3003 Bern

24. Oktober 2005

Vernehmlassung zur Teilrevision des Bundesgesetzes über den Wald (Waldgesetz)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Vernehmlassung und äussern uns zur geplanten Teilrevision des Bundesgesetzes über den Wald wie folgt:

1. Grundsätzliches

Umsetzung der Erkenntnisse aus dem Prozess Waldprogramm Schweiz (WAP-CH)

Mit dem WAP-CH hat sich der Bund in einer intensiven Arbeit neue Ziele für die Waldpolitik gesetzt und fünf Schwerpunkte bezeichnet: Sicherstellung der Schutzwaldleistungen, Erhaltung der Biodiversität, Schutz der Waldböden und des Trinkwassers, Stärkung der Wertschöpfungskette Holz und Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Waldwirtschaft. Die Kantone haben sich dabei aktiv an diesem Prozess beteiligt und tragen die Ergebnisse mit. Der vorliegende Vernehmlassungsentwurf wird jedoch den fünf evaluierten Stossrichtungen der künftigen Waldpolitik nicht gerecht und ist insbesondere in folgender Hinsicht unbefriedigend und ungenügend:

- Die wesentlichen Anliegen aus dem Waldprogramm Schweiz werden mit dieser Vorlage nur ungenügend umgesetzt. Von den fünf Stossrichtungen sind jene von grossem öffentlichem Interesse (Schutzwald und Biodiversität) berücksichtigt, hingegen findet sich im Gesetzesentwurf keine Umsetzung der Vorgabe zur Stärkung der Wertschöpfungskette Holz.
- Die Vorlage bringt kaum neue, befriedigende Lösungsansätze oder konkrete Verbesserungen gegenüber der heutigen Gesetzgebung.
- Die Vorlage bringt in zentralen Fragen, wie beispielsweise den Bewirtschaftungsgrundsätzen, keine Klärung, sondern es wird auf die zur Zeit noch nicht vorliegende Verordnung verwiesen.

Klärung der Verbindlichkeiten gegenüber den Waldeigentümern

Mit der Beschränkung des Engagements des Bundes auf die Sicherstellung der Schutzwaldleistungen und die Erhaltung der Biodiversität muss hinsichtlich der Waldbewirtschaftung zwingend eine Klärung zwischen den eigentümergebundenen und den allgemeinverbindlichen resp. behördenverbindlichen Auflagen einhergehen. Mit der Teilrevision des Waldgesetzes sollten nämlich gemäss Bericht WAP-CH (Seite 10) „... den Waldeigentümern und Bewirtschaftern ihre betrieblichen Freiheiten transparent dargestellt und gleichzeitig langfristig ökologische Schäden vermieden werden.“ Ohne diese Klärung sind aus unserer Sicht Sinn und Zweck dieser Teilrevision in Frage zu stellen.

Erläuterung der Verbundaufgabe Wald und Bezug zur laufenden Gesetzesänderung im Zusammenhang mit NFA

Wir vermissen Erläuterungen zur Verbundaufgabe Wald im Sinne der Neuen Aufgabenteilung zwischen dem Bund und den Kantonen. Ebenso sind die vorgesehenen Änderungen des Waldgesetzes als Folge der Umsetzung von NFA im vorliegenden Entwurf nicht ersichtlich. Die parallele Behandlung erschwert deshalb den Gesamtüberblick. Die Änderungsanträge im Zusammenhang mit unserer Stellungnahme vom 1. Februar 2005 zur Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Schaffung und Änderung von Erlassen zur Neugestaltung des NFA betreffend die Art. 35 Abs. 2 und 3 sowie 38a Abs. 1 lit. a und b gelten weiterhin.

2. Zu den einzelnen Artikeln

Art. 7 Rodungersatz

Die Flexibilisierung hinsichtlich Realersatz ist zwingend und ein wichtiger Schritt zu einer zeitgemässen Waldflächenpolitik.

Absatz 4:

Es sollen auch Massnahmen zugunsten anderer Waldfunktionen wie Schutzwald, Holzproduktion, Trinkwasserschutz oder Erholung und Freizeit möglich sein und nicht ausschliesslich solche für den Natur- und Landschaftsschutz. Damit kann den regionalen Verhältnissen optimaler Rechnung getragen werden.

Art. 8 Ersatzabgaben

Mit Aufhebung einverstanden.

Art. 10 Waldfeststellung

Absatz 2 Bst. b:

Die Möglichkeit, die Waldfeststellung auf Gebiete mit erheblicher Zunahme des Waldes auszuweiten und damit gebietsweise den dynamischen Waldbegriff aufzuheben, wird grundsätzlich begrüsst. Der neu eingefügte Buchstabe b ist als Instrument für das Aufhalten unerwünschter Bewaldungsprozesse jedoch nicht geeignet und im Vollzug mit Problemen behaftet. Es besteht unter anderem die Gefahr, dass zwei Klassen Wald geschaffen werden: Einerseits Wald, der auch rechtlich gesehen Wald ist, und andererseits Wald, der zwar physisch vorhanden ist, aber ausserhalb der einmal festgestellten Waldgrenze gewachsen ist, und daher kein Wald im Rechtssinn sein kann. Obwohl beide Arten von "Wald" sich dereinst äusserlich nicht mehr unterscheiden lassen werden, gelten andere Regeln. Ebenso darf die Möglichkeit, Waldfeststellungen auch ausserhalb der Bauzone vornehmen zu können, nicht dazu führen, dass Waldfeststellungen auf Vorrat, resp. an Orten, wo keine besondere Veran-

lassung besteht, durchgeführt werden. Dies würde den Kantonen grossen, jedoch unnötigen Aufwand verursachen. In diesem Zusammenhang wäre hingegen zu prüfen, ob in Gebieten mit erheblicher Zunahme des Waldes eine Lockerung der Kriterien für die Waldfeststellung nicht zweckdienlicher wäre. Wir schlagen deshalb eine Überprüfung dieser Regelung im Sinne unserer Überlegungen vor.

Art. 13 Abgrenzung von Wald und Nutzungszonen

Keine Bemerkungen

Art. 14 ZugänglichkeitAbsatz 2 Bst. b:

Eine entsprechende Ergänzung müsste grundsätzlich für Veranstaltungen mit "schädigenden Einwirkungen" auf den Wald und nicht nur hinsichtlich "Lärmemissionen" gelten.

Art. 15 Motorfahrzeugverkehr

Mit Ergänzung in Abs. 1 einverstanden.

Art. 16 Nachteilige Nutzungen

Mit Änderung in Abs. 2 einverstanden.

Art. 19 Schutz vor Naturereignissen

Mit Änderung einverstanden.

Art. 20 – 23

Für diese Artikel beantragen wir eine grundlegende Neuausrichtung. Diese hat folgende Grundsätze zu berücksichtigen:

- Das Ziel einer nachhaltigen und naturnahen Waldentwicklung hat sich an den Bund und die Kantone zu richten, wogegen die Bestimmungen für die Bewirtschaftung des Waldes in erster Linie von den Waldeigentümern zu beachten sind.
- Für das gesamte Waldareal sind klare und nachvollziehbare, eigentümergebundene Pflichten gesetzlich festzuhalten.
- Für Schutzwaldleistungen und die Erhaltung der Biodiversität müssen die Kantone nach Grundsätzen und Kriterien des Bundes Vorrangflächen ausscheiden. Daneben sollen die Kantone zwecks öffentlicher Interessen weitere Vorrangflächen ausscheiden oder Planungsvorschriften erlassen können.
- Die Waldbewirtschaftung ist Sache der Waldeigentümer. Einschränkungen betreffend Bodenschutz, Trinkwasserschutz, Kahlschlag etc. sind zu definieren.
- Die Pflicht zur Nutzungsbewilligung ist beizubehalten, aber nicht einer Anzeigungspflicht gleichzusetzen. Nutzungsbewilligungen sind grundsätzlich zu erteilen, wenn gewisse Bestimmungen eingehalten werden.
- Die Regelung, dass Holzernte- und Motorsägearbeiten im Wald gegen Entgelt einen Ausbildungsnachweis erfordern, gehört unseres Erachtens nicht in das Waldgesetz. Es handelt sich hierbei um Aspekte der Arbeitssicherheit und des Arbeitnehmerschutzes.

Formulierungsvorschläge:**Art. 20 (neu) Waldentwicklung**Absatz 1:

Bund und Kantone streben eine nachhaltige, naturnahe Entwicklung des Waldes an.

Absatz 2:

Der Bundesrat erlässt Grundsätze und Kriterien für die Ausscheidung von Wäldern mit besonderer Schutzwirkung vor Naturgefahren sowie von Wäldern zur Erhaltung der Biodiversität. Die Kantone sind verpflichtet, entsprechende Flächen auszuscheiden.

Absatz 3:

Für die Sicherstellung weiterer Waldleistungen im öffentlichen Interesse können die Kantone zusätzliche Flächen ausscheiden. Dazu haben die Kantone Planungsvorschriften zu erlassen.

Art. 21 (neu) WaldbewirtschaftungAbsatz 1:

Die Bewirtschaftung des Waldes ist Sache der Eigentümer und hat naturnah zu erfolgen. Es gelten folgende generellen Einschränkungen:

- a. Es ist verboten, gentechnisch veränderte Pflanzen und Stoffe zu verwenden oder Dünger einzusetzen. Der Bund kann im Rahmen anerkannter Forschungsprojekte Ausnahmen bewilligen;
- b. es ist verboten, den Waldboden flächig zu befahren oder den Wald flächig zu entwässern;
- c. Räumungen auf unverjüngten Flächen, die grösser sind als zwei Hektaren (Kahlschläge), sind verboten.

Absatz 2:

Die Kantone erlassen besondere Auflagen oder Einschränkungen für Wälder, an denen ein überwiegend öffentliches Interesse besteht

- a. zum Schutz von Menschen und erheblichen Sachwerten;
- b. zur Erhaltung und Verbesserung der Biodiversität und zur Errichtung von Waldreservaten.

Absatz 3:

Die Kantone können besondere Auflagen und Einschränkungen erlassen für weitere Wälder, an denen ein überwiegend öffentliches Interesse besteht, insbesondere

- a. für Freizeit und Erholung;
- b. für den Trinkwasserschutz.

Absatz 4:

Einschränkungen gemäss Absatz 2 und 3 sind angemessen abzugelten.

Absatz 5:

Wer im Wald Bäume fällen will, benötigt eine Bewilligung des Forstdienstes. Die Bewilligung wird erteilt, wenn die Bestimmungen nach Absatz 1-3 eingehalten werden. Das Verfahren regeln die Kantone.

Hinweis:

In der Verordnung sind neben den in Art. 21 Abs. 1 genannten Einschränkungen die Grundanforderungen an die naturnahe Waldbewirtschaftung festzulegen. Ein entsprechender Artikel könnte wie folgt lauten:

Die naturnahe Waldbewirtschaftung erfordert insbesondere:

- a. eine den standörtlichen Verhältnissen angepasste Baumartenwahl und die Bevorzugung standortsheimischer Baumarten;
- b. die Förderung der natürlichen Waldverjüngung;
- c. eine nachhaltige Alters- und Baumartenstruktur;
- d. den Schutz besonders wertvoller Lebensräume und anderer Naturobjekte;
- e. ein den örtlichen Verhältnissen angepasstes Stehen- und Liegenlassen von

Totholz.

Art. 29 Ausbildungsaufgaben des Bundes

Absatz 2:

Mit Änderung einverstanden.

Absatz 3:

Einerseits verlangen die Kantone die Abschaffung der bisherigen Wählbarkeit, andererseits impliziert dieser Absatz wiederum die Pflicht zu einem Praktikum für die Einstellung bei einem öffentlichen Forstdienst. Da jedoch eine Qualitätssicherung zur Erlangung der praktisch-forstlichen Berufserfahrung (Praktikum) erwünscht ist, schlagen wir folgende Formulierung vor:

"Er erlässt Richtlinien zur Qualitätssicherung der praktisch-forstlichen Berufserfahrung (Praktikum)".

Art. 33 Erhebungen

Mit Änderung in Absatz 1 einverstanden

Art. 39 Ausbildung

Mit Änderung in Abs. 3 Bst. b einverstanden.

Art. 40 Investitionskredite

Absatz 1 Bst. b:

Bst. b ist nicht aufzuheben. Die Restkostenfinanzierung bei forstlichen Projekten soll wie bisher weiterhin über Investitionskredite möglich bleiben.

Absatz 3:

Mit Änderung einverstanden.

Art. 41a Kennzeichnung

Die Neuerung wird begrüsst.

Art. 43 Übertretungen

Absatz 1 Bst. i:

Da wir für diesen Bereich den Regelungsbedarf nicht in der Waldgesetzgebung sehen, erübrigt sich auch eine entsprechende Strafbestimmung.

Art. 51 Forstorganisation

Der Aufhebung der Pflicht zur Bildung von Forstkreisen und Forstrevieren können wir zustimmen. Gegenüber dem Vorschlag fordern wir aber eine neue Formulierung:

"Die Kantone haben eine flächendeckende Organisation mit Fachpersonal sicherzustellen."

3. Anträge für zusätzliche Änderungen und Ergänzungen des Waldgesetzes

Art. 2 Begriff des Waldes

Absatz 2 Bst. b:

"... andere forstliche Bauten und Anlagen ..." ist zu ersetzen durch "... *andere zonenkonforme Bauten und Anlagen* ...". Begründung: Bauten und Anlagen für Freizeit und Erholung sowie zum Schutz vor Naturgefahren sind entsprechend der örtlich festgestellten Waldfunktion mit der Nutzungs-

ordnung vereinbar und damit zonenkonform. Der Begriff "forstlich" fokussiert zu stark auf die Nutzfunktion des Waldes und führt in der Praxis zu nicht zeitgemässen Interpretationen.

Art. 14 Zugänglichkeit

Absatz 3: (neu)

Wird vom freien Betretungsrecht des Waldes oder der Waldwege Gebrauch gemacht, ist der Waldeigentümer für allfällig von Waldbäumen ausgehende Schäden nicht haftbar.

Begründung: Mit den veränderten Rahmenbedingungen der Waldwirtschaft und der zunehmenden Bedeutung des Haftpflichtrechts drängt sich eine Präzisierung und/oder spezialrechtliche Regelung der Haftung der Waldeigentümer auf. Das Wahrnehmen von Sorgfaltspflichten, insbesondere das Entfernen von Gefahrenherden für das freie Benützen von Werken wie Waldstrassen oder Fusswegen, ist für den Waldeigentümer nicht länger zumutbar. Waldbesucher halten sich grundsätzlich auf eigene Verantwortung im Wald und auf Waldwegen auf.

Art. 40 Investitionskredite

Absatz 1 Bst. d: (neu)

Wir beantragen die Ausweitung der Investitionskredite auf Anlagen der ersten Verarbeitungsstufe der Holzwirtschaft (inkl. Energieholzaufbereitung).

Art. 42 Vergehen / Art. 43 Strafbestimmungen

Die Strafbestimmungen sind sinngemäss anzupassen. Insbesondere sollen Verstösse gegen Art. 21 Abs. 1 (neu) strafbar sein.

Anreize für die Förderung standortgerechter Jungwaldbestände

Gemäss Vernehmlassung zur WaG-Revision im Zusammenhang mit NFA (Art. 38 Abs. 1 Bst. b) sind für die Jungwaldpflege im Sinne der biologischen Vielfalt Finanzhilfen vorgesehen. Wir unterstreichen auch an dieser Stelle die Notwendigkeit dieser finanziellen Anreize.

Beiträge an den periodischen Unterhalt der Erschliessungsanlagen analog der Landwirtschaft

Wir stellen fest, dass für den periodischen Unterhalt resp. die Wiederinstandstellung der Waldstrassen keine Beiträge vorgesehen sind. Wir verlangen hier zwingend eine Harmonisierung mit der Förderungspraxis des Bundesamtes für Landwirtschaft.

Haftung

Die Waldeigentümer haben das Entfernen von Bäumen oder Ästen, welche Werke bedrohen oder deren Betrieb behindern, zu dulden, falls sie diese nicht binnen angemessen angesetzter Frist selber beseitigen.

Die Aufnahme dieser zusätzlichen Bestimmung entspricht einem wichtigen Anliegen der Praxis. Fragen der Zuständigkeit, der Haftpflicht und der Kostenfolgen führen immer wieder zu Diskussionen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüsse

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Walter Straumann
Landammann

sig.
Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber